

Die Schweiz und ihre ausländischen Arbeitskräfte.

„Quer durch die Arbeiterschaft“

Von 1914 bis zur Jahrtausendwende versuchte die Schweiz, die Zuwanderung nach ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen zu steuern - ohne Rücksicht auf Menschenwürde. In diese „Barackenschweiz“ kann niemand zurückwollen.

„Gegen die Zuwanderung von Ausländern gibt es nichts einzuwenden. Dies allerdings unter der Voraussetzung, dass sie sich nicht in der Schweiz niederlassen wollen.“ Was der Bundesrat 1924 schrieb, war im Wesentlichen bis in die 1990er Jahre eine Konstante der schweizerischen Politik. Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs waren Europas Grenzen offen gewesen. Nach 1918 blieb die kriegsbedingte Abschottung bestehen, später unterstützt von der Weltwirtschaftskrise und von nationalistischen und faschistischen Strömungen. Auch als nach dem Zweiten Weltkrieg ein beispielloser Wirtschaftsaufschwung die Schweiz erfasste, wollte man keine dauerhafte, sondern eine „rotierende“ Zuwanderung, die zugleich, wie dann in der Krise der 1970er Jahre, als Konjunkturpuffer diene.

Hier arbeiten, nicht hier leben

Ausländische Arbeitskräfte sollten ins Land kommen: zum Arbeiten, nicht zum Leben. Integration wurde unterbunden, namentlich durch das unselige Saisonierstatut. Dieses war schon 1934 „erfunden“ worden, es entfaltete seine Wirkung aber vor allem zwischen 1951 und 1970, als insgesamt 3 Millionen Saisonierbewilligungen ausgestellt wurden. Die Zuwanderer, mehrheitlich Männer, kamen aus Italien, später vermehrt auch aus Spanien, Portugal, aus dem damaligen Jugoslawien und aus der Türkei. Sie mussten nach einer Verschärfung des Statuts schon nach 9 Monaten in die Heimat zurückkehren - in der Hoffnung, nächste Saison wieder engagiert zu werden: im Tourismus, in der Landwirtschaft, in der Industrie. Familiennachzug war ihnen untersagt. Und sie durften weder den Aufenthaltsort - oft traurige Baracken fernab der Zentren - noch die Stelle wechseln, was sie der Arbeitgeberwillkür auslieferte.

Trotz, eher: wegen dieser Abschottung wuchsen „Überfremdungsängste“. Die Debatte schwappte von ökonomischen Argumenten auf kulturelle und identitäre, die bis heute dominieren: Die Schweiz könne ihre Eigenart unter dem Zuwanderungsdruck nicht bewahren. Ein negativer Meilenstein ist die Schwarzenbach-Initiative, die 1970 von den (männlichen) Stimmbürgern nur knapp, mit 54 Prozent Nein, verworfen wurde. Diese Initiative hätte den Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung auf 10 Prozent beschränkt; Tausende sassen auf gepackten Koffern. Eine ähnliche Initiative wurde 1973 an der jetzt auch den Frauen zugänglichen Urne abgelehnt.

„Es wäre Hochverrat...“

Auch bei der Linken waren Fremdenfeindlichkeit und die Bejahung der entsprechenden Initiativen weit verbreitet. Auf Druck der Gewerkschaften hin wurde beispielsweise der betriebliche Plafond für ausländische Arbeitskräfte im Verlauf der 1960er Jahre herabgesetzt. „Die Front pro und kontra Schwarzenbach-Initiative geht auch quer durch die Arbeiterschaft hindurch“, schrieb die VPOD-Zeitung 1970 kurz vor dem Urnengang. Allerdings war die offizielle Position der Gewerkschaften eindeutig: „Es wäre Hochverrat, wenn wir als Gewerkschaften durch Unterstützung der Schwarzenbach-Initiative dazu beitragen würden, die Demütigung der Ausländer sogar verfassungsrechtlich zu verankern.“ Zum Debakel wurde 1981 die gewerkschaftlich-linkskatholische „Mitenand“-Initiative, die den Status der Saisoniers verbessern wollte und mit 84 Prozent Neinstimmen brutal verworfen wurde.

Auch bei der fatalen EWR-Abstimmung von 1992 siegte die nationalistische Position. Die Gewerkschaften hatten zu wenig in der Hand, ihrem Publikum eine Öffnung zu Europa schmackhaft zu machen. Die „kopernikanische Wende“ in der Ausländerpolitik gelang erst mit den Verhandlungen über die bilateralen Verträge - gleichzeitig mit der langsam auch ins Unternehmertum hereindämmernden Erkenntnis, dass mit der dauernden Zufuhr von unqualifizierten Billigkräften notwendige Produktivitätssteigerungen hinausgezögert oder verhindert werden. Die Einführung der Personenfreizügigkeit, begleitet durch flankierende Massnahmen zum Lohnschutz, war 2002 der grosse Durchbruch, wie auch Vasco Pedrina in seiner sehr lesenswerten Broschüre festhält.

Vasco Pedrina: Von der Kontingentierungspolitik zur Personenfreizügigkeit. Gewerkschaftliche Migrationspolitik im Wettlauf gegen Diskriminierung und Lohndumping.

Christoph Schlatter.

VPOD-Magazin, 1.10.2018.

Personen > Schlatter Christoph. Einwanderung. VPOD-Magazin, 2018-10-01